

## A2 Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt in Europa befördern

Antragsteller\*in: Sprecher\*innen QueerGrün

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die Lebenssituation von LSBTIQ\* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse gesetzt für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“. Das Europäische Parlament hat vielfach deutlich gegen Homophobie, gegen Transfeindlichkeit und für gleiche Rechte in Europa Position bezogen. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen setzen wir uns in Straßburg und Brüssel dafür ein, dass diese politische Grundhaltung in allen europäischen Institutionen engagiert und kontinuierlich zum Tragen kommt.

### Die Grundrechtecharta mit Leben füllen

Trotz vieler Fortschritte sind in vielen EU-Staaten gleiche Rechte für LSBTIQ\* noch nicht durchgesetzt. In einigen Mitgliedsstaaten gibt es immer wieder Rückschläge und massive Anfeindungen, die von Teilen der Politik befördert oder zugelassen werden. Hiergegen müssen die Europäischen Institutionen stärker vorgehen. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen Wirklichkeit werden. Dazu gehört auch die europaweite gegenseitige Anerkennung von Eingetragenen Partnerschaften und gleichgeschlechtlichen Ehen. Notwendig sind nachhaltige Programme gegen Homophobie, Transfeindlichkeit und gegen jede Form von Diskriminierung. Auch die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte muss dafür weiter gestärkt werden.

Ebenso muss die EU in ihrer Außen-, Handels- und internationalen Menschenrechtspolitik die Rolle als Garantin der Grundrechte und Grundfreiheiten einnehmen.

EU-Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament sind aufgefordert, die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU auszubauen und zu harmonisieren, damit für alle Diskriminierungsgründe ein gleicher rechtlicher Schutz besteht. Dabei muss für die Diskriminierungsgründe Behinderung, Religion oder Weltanschauung, Alter, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität ein gleiches Schutzniveau erreicht werden, wie es in Bezug auf Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft und des Geschlechts schon besteht. Leider gehört die deutsche Bundesregierung seit Langem zu den Hauptblockierern einer Gleichbehandlung im EU-Antidiskriminierungsrecht. Das geht insbesondere zu Lasten der Rechte von LSBTIQ\*, die in einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten noch erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Diese unverantwortliche Blockade muss ein Ende haben. Der LSVD setzt sich dafür ein, dass Deutschland im Europäischen Rat die Durchsetzung gleicher Rechte, die Schaffung eines wirksamen Diskriminierungsschutzes sowie den nachhaltigen Kampf gegen Homophobie und Transfeindlichkeit aktiv befördert. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit einschließen.

### Den Europarat gegen Diskriminierung mobilisieren

45 Europa ist größer als die EU. Mit Mitgliedsstaaten greift der Europarat über die  
 46 Europäische Union hinaus. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem  
 47 Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) hat der Europarat wichtige  
 48 Instrumente geschaffen, Grundrechte wie den Schutz des Privatlebens und die  
 49 Meinungs- oder Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Diese Grundrechte sind für  
 50 LSBTIQ\* aber in der Realität einiger Mitgliedsstaaten des Europarats längst noch  
 51 nicht verwirklicht. Einige Mitgliedsstaaten wie Russland missachten zudem offen  
 52 Urteile des EGMR, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen. Wir setzen  
 53 uns für eine starke Rolle des Europarats bei der Durchsetzung der Menschenrechte  
 54 ein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich im Ministerkomitee für die  
 55 Rechte von LSBTIQ\* stark zu machen. Das Gleiche gilt für die deutschen  
 56 Vertreterinnen und Vertreter in der Parlamentarischen Versammlung des  
 57 Europarats.

#### 58 Die Achtung der Menschenrechte weltweit voranbringen

59 Es kann uns in Deutschland und in Europa nicht unberührt lassen, wenn in vielen  
 60 Ländern Menschen wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden. In vielen  
 61 Ländern drohen Schwulen, Lesben und bisexuellen Menschen Gefängnisstrafen,  
 62 Folter und mitunter sogar die Todesstrafe. Auch trans- und intergeschlechtlichen  
 63 Menschen wird das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ihrer  
 64 Geschlechtsidentität oft verweigert. In vielen Fällen schüren religiöse und  
 65 politische Führer ein Klima des Hasses. LSBTIQ\* sollen eingeschüchtert und in  
 66 die Unsichtbarkeit gedrängt werden. Verfolgung und Ausgrenzung, oft auch durch  
 67 die eigene Familie, führt häufig zu bitterer Armut und einem Leben am Rand der  
 68 Gesellschaft. Homophobie und transfeindliche Gewalttaten bleiben vielerorts  
 69 ungeahndet, Polizei und andere Staatsorgane verweigern oftmals jede Hilfe oder  
 70 sind selbst an der Hetze, Erpressung und Gewalt beteiligt.

71 Das Recht auf persönliche Sicherheit, auf Privatsphäre, auf Meinungs-, Presse-,  
 72 Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist für LSBTIQ\* in einer Vielzahl von  
 73 Ländern nicht einmal ansatzweise gewährleistet. Wenn eine demokratische  
 74 Zivilgesellschaft unterdrückt wird, wenn Menschenrechtsverteidigerinnen und -  
 75 verteidiger bedroht oder gar ermordet werden, hat das immer auch gravierende  
 76 Auswirkungen auf LSBTIQ\*. Sie brauchen unsere Solidarität und aktive  
 77 Unterstützung. Deutschland hat aus seiner Geschichte heraus eine besondere  
 78 Verantwortung, Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ\* entschieden  
 79 entgegenzutreten.

#### 80 Die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen stärken

81 Europa muss das Thema Menschenrechte hinsichtlich sexuelle Orientierung und  
 82 Geschlechtsidentität in den Vereinten Nationen offensiv vertreten. Namhafte  
 83 internationale Menschenrechtsexpertinnen und -experten haben die „Yogyakarta-  
 84 Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle  
 85 Orientierung und geschlechtliche Identität“ entwickelt. Diese Prinzipien,  
 86 verfasst und auf einer Konferenz in der indonesischen Stadt Yogyakarta  
 87 beschlossen. Sie bilden die erste systematische Gesamtschau auf die  
 88 Menschenrechtsgewährleistung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und  
 89 transgeschlechtliche Menschen. Sie wurden anschließend um neun Prinzipien und  
 90 die Aspekte gender expression (Geschlechtsausdruck) und sex characteristics  
 91 (Geschlechtsmerkmale) erweitert (Yogyakarta-Prinzipien plus). Wir kämpfen dafür,  
 92 dass die so ergänzten Yogyakarta-Prinzipien Grundlage

93 der UN-Politik werden.

94 Alle Möglichkeiten deutscher Außenpolitik nutzen

95 Die deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss gegenüber  
 96 ihren Dialogpartnerinnen und -partnern in aller Welt deutlich betonen: Die  
 97 Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder  
 98 geschlechtlichen Identität ist eine schwere Verletzung der universellen  
 99 Menschenrechte. Die Achtung dieser Rechte von LSBTIQ\* muss ein Kriterium für die  
 100 Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit werden, insbesondere bei den  
 101 globalen Budgethilfen für einzelne Staaten. Auch das Instrument der  
 102 Rechtsstaatsdialoge mit anderen Ländern muss für die Verbesserung der Situation  
 103 von LSBTIQ\* genutzt werden. Wir treten dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen  
 104 die Yogyakarta-Prinzipien zur offiziellen Handlungsgrundlage ihrer Politik  
 105 erklären und die Bundesrepublik sich für ihre weltweite Geltung einsetzt.

106 Zur Stärkung und Verstetigung des deutschen Engagements für die Menschenrechte  
 107 bedarf es eines LSBTIQ\*-Inklusionskonzepts für die Auswärtige Politik und die  
 108 Entwicklungszusammenarbeit. Das Konzept muss gemeinsam mit der Zivilgesellschaft  
 109 entwickelt werden. Zukünftig muss ein klar definierter Anteil der Mittel für  
 110 Armutsbekämpfung, Gesundheitsförderung, Bildung und Ausbildung, GoodGovernance,  
 111 Konfliktlösung, Polizeifortbildung und Menschenrechtsarbeit für die  
 112 Unterstützung von LSBTIQ\* verwendet werden. Die Deutschen Botschaften, die  
 113 Goethe-Institute, die Deutsche Welle, die parteinahen Stiftungen und  
 114 Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sollten hierbei eine aktive Rolle  
 115 einnehmen, die Situation von LSBTIQ\* zu verbessern: durch Informations- und  
 116 Vernetzungsarbeit und dadurch, dass sie über internationale Aufmerksamkeit zum  
 117 Schutz von oftmals gefährdeten Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen  
 118 beitragen. Städtepartnerschaften sind hier ein wichtiges Instrument und müssen  
 119 viel öfter genutzt werden. Steuergelder dürfen nicht in die Kassen von  
 120 Hetzerinnen und Hasspredigern fließen. In Deutschland ansässige Organisationen  
 121 der Entwicklungszusammenarbeit oder politische Stiftungen sollen bei der  
 122 Verwendung öffentlicher Mittel darauf verpflichtet werden, nur mit solche  
 123 Organisationen der Partnerländer zusammenzuarbeiten, die sich nicht an der  
 124 Verfolgung und Stigmatisierung von LSBTIQ\* beteiligen oder ein Vorenthalten von  
 125 Grundrechten für LSBTIQ\*

126 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die  
 127 Lebenssituation von LSBTIQ\* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse  
 128 gesetzt für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland  
 129 wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU nicht gelungen, das  
 130 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-Grundrechtecharta  
 131 enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“. Das  
 132 Europäische Parlament hat vielfach deutlich gegen Homophobie, gegen  
 133 Transfeindlichkeit und für gleiche Rechte in Europa Position bezogen. Zusammen  
 134 mit unseren Partnerorganisationen setzen wir uns in Straßburg und Brüssel dafür  
 135 ein, dass diese politische Grundhaltung in allen europäischen Institutionen  
 136 engagiert und kontinuierlich zum Tragen kommt.

137 Die Grundrechtecharta mit Leben füllen

138 Trotz vieler Fortschritte sind in vielen EU-Staaten gleiche Rechte für LSBTIQ\*  
 139 noch nicht durchgesetzt. In einigen Mitgliedsstaaten gibt es immer wieder  
 140 Rückschläge und massive Anfeindungen, die von Teilen der Politik befördert oder

141 zugelassen werden. Hiergegen müssen die Europäischen Institutionen stärker  
 142 vorgehen. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum der Freiheit, der  
 143 Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen  
 144 Wirklichkeit werden. Dazu gehört auch die europaweite gegenseitige Anerkennung  
 145 von Eingetragenen Partnerschaften und gleichgeschlechtlichen Ehen. Notwendig  
 146 sind nachhaltige Programme gegen Homophobie, Transfeindlichkeit und gegen jede  
 147 Form von Diskriminierung. Auch die Agentur der Europäischen Union für  
 148 Grundrechte muss dafür weiter gestärkt werden.

149 Ebenso muss die EU in ihrer Außen-, Handels- und internationalen  
 150 Menschenrechtspolitik die Rolle als Garantin der Grundrechte und Grundfreiheiten  
 151 einnehmen.

152 EU-Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament sind  
 153 aufgefordert, die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU auszubauen und zu  
 154 harmonisieren, damit für alle Diskriminierungsgründe ein gleicher rechtlicher  
 155 Schutz besteht. Dabei muss für die Diskriminierungsgründe Behinderung, Religion  
 156 oder Weltanschauung, Alter, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität  
 157 ein gleiches Schutzniveau erreicht werden, wie es in Bezug auf Benachteiligungen  
 158 aufgrund der ethnischen Herkunft und des Geschlechts schon besteht. Leider  
 159 gehört die deutsche Bundesregierung seit Langem zu den Hauptblockierern  
 160 einer Gleichbehandlung im EU-Antidiskriminierungsrecht. Das geht insbesondere zu  
 161 Lasten der Rechte von LSBTIQ\*, die in einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten noch  
 162 erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Diese unverantwortliche Blockade  
 163 muss ein Ende haben. Der LSVD setzt sich dafür ein, dass Deutschland im  
 164 Europäischen Rat die Durchsetzung gleicher Rechte, die Schaffung eines wirksamen  
 165 Diskriminierungsschutzes sowie den nachhaltigen Kampf gegen Homophobie und  
 166 Transfeindlichkeit aktiv befördert. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten  
 167 in Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit  
 168 einschließen.

169 Den Europarat gegen Diskriminierung mobilisieren

170 Europa ist größer als die EU. Mit Mitgliedsstaaten greift der Europarat über die  
 171 Europäische Union hinaus. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem  
 172 Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) hat der Europarat wichtige  
 173 Instrumente geschaffen, Grundrechte wie den Schutz des Privatlebens und die  
 174 Meinungs- oder Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Diese Grundrechte sind für  
 175 LSBTIQ\* aber in der Realität einiger Mitgliedsstaaten des Europarats längst noch  
 176 nicht verwirklicht. Einige Mitgliedsstaaten wie Russland missachten zudem offen  
 177 Urteile des EGMR, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen. Wir setzen  
 178 uns für eine starke Rolle des Europarats bei der Durchsetzung der Menschenrechte  
 179 ein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich im Ministerkomitee für die  
 180 Rechte von LSBTIQ\* stark zu machen. Das Gleiche gilt für die deutschen  
 181 Vertreterinnen und Vertreter in der Parlamentarischen Versammlung des  
 182 Europarats.

183 Die Achtung der Menschenrechte weltweit voranbringen

184 Es kann uns in Deutschland und in Europa nicht unberührt lassen, wenn in vielen  
 185 Ländern Menschen wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden. In vielen  
 186 Ländern drohen Schwulen, Lesben und bisexuellen Menschen Gefängnisstrafen,  
 187 Folter und mitunter sogar die Todesstrafe. Auch trans- und intergeschlechtlichen  
 188 Menschen wird das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ihrer

189 Geschlechtsidentität oft verweigert. In vielen Fällen schüren religiöse und  
190 politische Führer ein Klima des Hasses. LSBTIQ\* sollen eingeschüchtert und in  
191 die Unsichtbarkeit gedrängt werden. Verfolgung und Ausgrenzung, oft auch durch  
192 die eigene Familie, führt häufig zu bitterer Armut und einem Leben am Rand der  
193 Gesellschaft. Homophobe und transfeindliche Gewalttaten bleiben vielerorts  
194 ungeahndet, Polizei und andere Staatsorgane verweigern oftmals jede Hilfe oder  
195 sind selbst an der Hetze, Erpressung und Gewalt beteiligt.

196 Das Recht auf persönliche Sicherheit, auf Privatsphäre, auf Meinungs-, Presse-,  
197 Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist für LSBTIQ\* in einer Vielzahl von  
198 Ländern nicht einmal ansatzweise gewährleistet. Wenn eine demokratische  
199 Zivilgesellschaft unterdrückt wird, wenn Menschenrechtsverteidigerinnen und -  
200 verteidiger bedroht oder gar ermordet werden, hat das immer auch gravierende  
201 Auswirkungen auf LSBTIQ\*. Sie brauchen unsere Solidarität und aktive  
202 Unterstützung. Deutschland hat aus seiner Geschichte heraus eine besondere  
203 Verantwortung, Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ\* entschieden  
204 entgegenzutreten.

205 Die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen stärken

206 Europa muss das Thema Menschenrechte hinsichtlich sexuelle Orientierung und  
207 Geschlechtsidentität in den Vereinten Nationen offensiv vertreten. Namhafte  
208 internationale Menschenrechtsexpertinnen und -experten haben die „Yogyakarta-  
209 Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle  
210 Orientierung und geschlechtliche Identität“ entwickelt. Diese Prinzipien,  
211 verfasst und auf einer Konferenz in der indonesischen Stadt Yogyakarta  
212 beschlossen. Sie bilden die erste systematische Gesamtschau auf die  
213 Menschenrechtsgewährleistung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und  
214 transgeschlechtliche Menschen. Sie wurden anschließend um neun Prinzipien und  
215 die Aspekte gender expression (Geschlechtsausdruck) und sex characteristics  
216 (Geschlechtsmerkmale) erweitert (Yogyakarta-Prinzipien plus). Wir kämpfen dafür,  
217 dass die so ergänzten Yogyakarta-Prinzipien Grundlageder UN-Politik werden.

218 Alle Möglichkeiten deutscher Außenpolitik nutzen

219 Die deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss gegenüber  
220 ihren Dialogpartnerinnen und -partnern in aller Welt deutlich betonen: Die  
221 Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder  
222 geschlechtlichen Identität ist eine schwere Verletzung der universellen  
223 Menschenrechte. Die Achtung dieser Rechte von LSBTIQ\* muss ein Kriterium für die  
224 Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit werden, insbesondere bei den  
225 globalen Budgethilfen für einzelne Staaten. Auch das Instrument der  
226 Rechtsstaatsdialoge mit anderen Ländern muss für die Verbesserung der Situation  
227 von LSBTIQ\* genutzt werden. Wir treten dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen  
228 die Yogyakarta-Prinzipien zur offiziellen Handlungsgrundlage ihrer Politik  
229 erklären und die Bundesrepublik sich für ihre weltweite Geltung einsetzt.

230 Zur Stärkung und Verstetigung des deutschen Engagements für die Menschenrechte  
231 bedarf es eines LSBTIQ\*-Inklusionskonzepts für die Auswärtige Politik und die  
232 Entwicklungszusammenarbeit. Das Konzept muss gemeinsam mit der Zivilgesellschaft  
233 entwickelt werden. Zukünftig muss ein klar definierter Anteil der Mittel für  
234 Armutsbekämpfung, Gesundheitsförderung, Bildung und Ausbildung, GoodGovernance,  
235 Konfliktlösung, Polizeifortbildung und Menschenrechtsarbeit für die  
236 Unterstützung von LSBTIQ\* verwendet werden. Die Deutschen Botschaften, die

237 Goethe-Institute, die Deutsche Welle, die parteinahen Stiftungen und  
238 Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sollten hierbei eine aktive Rolle  
239 einnehmen, die Situation von LSBTIQ\* zu verbessern: durch Informations- und  
240 Vernetzungsarbeit und dadurch, dass sie über internationale Aufmerksamkeit zum  
241 Schutz von oftmals gefährdeten Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen  
242 beitragen. Städtepartnerschaften sind hier ein wichtiges Instrument und müssen  
243 viel öfter genutzt werden. Steuergelder dürfen nicht in die Kassen von  
244 Hetzerinnen und Hasspredigern fließen. In Deutschland ansässige Organisationen  
245 der Entwicklungszusammenarbeit oder politische Stiftungen sollen bei der  
246 Verwendung öffentlicher Mittel darauf verpflichtet werden, nur mit solche  
247 Organisationen der Partnerländer zusammenzuarbeiten, die sich nicht an der  
248 Verfolgung und Stigmatisierung von LSBTIQ\* beteiligen oder ein Vorenthalten von  
249 Grundrechten für LSBTIQ\*